

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Goldmark.

Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0.15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle Köln, Denloer Wall 9.

Fernsprecher Amt West 54 895.

Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen.

Lohnerhöhungen auf der ganzen Linie.

Kollegen! Die nächste Zeit muß unbedingt einen Ausgleich zwischen den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung und dem jetzigen Einkommen der Arbeitnehmer bringen. Die bevorstehende Erhöhung der Mieten, sowie die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, die die Wirtschaft durch Senken der Preise nicht verhindern wollte, kann nur noch durch Erhöhung der Löhne ausgeglichen werden. Die Wirtschaft ist infolge der gestiegenen und verbilligten Produktion, durch die Rationalisierung durchaus in der Lage, Lohnerhöhungen zu gewähren. Sie weigert sich aber auf der ganzen Linie dieses zu tun und läßt sich jeden Pfennig Mehrlohn nur durch Schiedsprüche und Verbindlichkeits-erklärungen abtrotzen.

Die immer noch unglückliche Lage des Arbeitsmarktes, das große Heer der Arbeitslosen, soll anscheinend bis zum Neuesten zu Gunsten der Unternehmer ausgenutzt werden.

Mit verdoppeltem Eifer muß daher versucht werden, diese Schwäche der Arbeitnehmer durch einen um so festeren Zusammenschluß der in Arbeit stehenden Kollegen auszugleichen.

Nur wenn dieses Ziel erreicht ist, sind die notwendigen Vorbedingungen für den günstigen Verlauf der gegenwärtig laufenden Lohnverhandlungen gegeben. Tue daher ein jeder seine Pflicht und werde für den reiflichen Zusammenschluß in der Berufsorganisation.

Zur Lohnfrage. Biegen oder brechen.

Im Vordergrund des sozialen Ringens steht gegenwärtig der Entwurf eines Notgesetzes über die Regelung der Arbeitszeit. Der bisherige Verlauf der parlamentarischen Behandlung dieser Frage hat allen jenen Unrecht gegeben, die glaubten, die neue Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien würden nunmehr alles daran setzen, die soziale Reaktion zu brechen, um zu beweisen, wie unzutreffend die gegen die neue Koalition erhobenen Vorwürfe der sozialen Unzuverlässigkeit sind. Leider haben, wie die Erfahrung zeigt, jene Recht behalten, die den Einfluß der Scharfmacher und der unbeelehrbaren Kurwirtschaftler in der Regierung und den Koalitionsparteien nicht unterschätzt haben.

Während sich der Kampf um die Arbeitszeit in aller Öffentlichkeit abspielt, geht das Ringen um die Verbesserung des Lohnes mehr unter der Decke vor sich, verteilt sich auf Tausende von Lohn- und Tarifverhandlungen, Schiedsprüchen usw. Nichtsdestoweniger wird aber auch hier mit einer Energie und Fähigkeit auf beiden Seiten gerungen, die nur von dem mit den Einzelheiten Vertrauten richtig gewürdigt werden können.

In einer geradezu großartigen Weise haben die Unternehmer und ihre Organisationen einen einheitlichen Plan aufgestellt, um jede Lohnforderung der Arbeitnehmer zum Scheitern zu bringen. Um den mächtigen Faktor der öffentlichen Meinung zu beeinflussen, wurde jahrelang in Zweckpessimismus gemacht. Grau in Grau wurde die Lage der Wirtschaft gemalt, auch dort in jenen Betrieben und Beru-

fen, die die übliche Rentabilität der Vorkriegszeit nicht nur erreicht, sondern weit überschritten hatten. Rationalisierung, nationale und internationale Kartelle und Preisvereinbarungen trugen das ihrige dazu bei. Obschon der Kurs der Aktien innerhalb des letzten Jahres den Stand der Vorkriegszeit wieder erreichen konnte, wurde aus politischen, steuerlichen und sozialen Gründen, die Fiktion von dem drohenden Zusammenbruch der Wirtschaft aufrechterhalten. Die große Arbeitslosigkeit, in früheren Zeiten das Symptom der wirtschaftlichen Krise und des Abstieges, unter den heutigen Verhältnissen aber aus ganz anderen Ursachen hervorührend, wurde nach zwei Richtungen hin ausgenutzt. Einmal, um der Öffentlichkeit, den Regierungen und den Parlamenten zu zeigen, wie schlecht es noch um die Wirtschaft steht, und andererseits das Ueberangebot an Arbeitskraft zum Lohndruck zu mißbrauchen. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer haben anscheinend kein Interesse daran, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, andernfalls wäre ihr Kampf um die Erhaltung der Ueberstunden in ihrem heutigen Umfange einfach unverständlich. Im Oktober 1926 war nach den Erhebungen des Reichsarbeitsministers, in 48 Prozent der befragten Betriebe eine über den Normalarbeitsstundentag hinausgehende Arbeitszeit zu verzeichnen. Anscheinend geht man im Unternehmerlager von der Ansicht aus, daß es besser ist, rund 2 Millionen Arbeitnehmer notdürftig durch Unterstützung aus öffentlichen Mitteln vor dem Verhungern zu schützen und die Kosten hierfür von der gesamten Bevölkerung aufbringen zu lassen, als wie durch Verkürzung der Arbeitszeit und Neueinstellung von Arbeitskräften die für sie günstigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte zu ändern.

Die Unterstützung der rund 1,5 Millionen arbeitsfähiger Arbeitslosen ist anscheinend eher für die Wirtschaft zu tragen, wie einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte, für die naturgemäß für die übrigen rund 18 Millionen Arbeitnehmer das Bestreben nach Erhöhung der Löhne und Gehälter erhöhte Aussicht auf Verwirklichung gegeben wird. Bei der rein kapitalistischen Einstellung der meisten Wirtschaftsführer kann man eben mit sittlichen, ethischen, rein menschlichen oder christlichen Gesichtspunkten nicht rechnen.

Und dennoch hat diese Rechnung ein Loch. Vorübergehend mag eine nationale Wirtschaft durch schlechte Lohn- und Dienstverhältnisse sich emporarbeiten können. Aber sobald der nach dem Weltkriege aufnahmefähig gewordene Weltmarkt mit Waren gefüllt, die Produktion in immer stärkerem Umfange im Inlande untergebracht werden muß, kann die Rationalisierung, die bisherige Politik der Wirtschaft zum Fluche für das gesamte Volk und für die gesamte Wirtschaft werden. Bisher gelang es noch, die erhöhte Produktion unterzubringen, die Produktionskosten durch Rationalisierung und Lohndruck zu senken. Was aber dann, wenn diese Schraube sich totgedreht hat, die Konsumkraft des Inlandes, zu Tode gewirtschaftet ist. Kein vernünftiger Mensch traut sich den wesentlichen Aufstieg der deutschen Wirtschaft zu bestreiten. Die Kriegs- und Inflationsfolgen sind zum guten Teil überwunden. Selbstverständlich lasten die Reparationsverpflichtungen noch immer schwer auf dem gesamten Wirtschaftsleben. Aber doch nicht

In dem Maße, wie es ein Zweifelspessimismus immer hinzuzufügen versucht.

Man vergegenwärtige sich, um die wirkliche Lage der Wirtschaft zu erkennen, folgende Tatsachen. Die Produktion hat in den ausschlaggebenden Industrien und Gewerben die Vorkriegsjahre nicht nur wieder erreicht, sondern ist, abgesehen wie auch auf den Kopf der Beschäftigten berechnet, wesentlich gestiegen. Der Reichsbankdiskont sank im vergangenen Jahre von 10 auf den normalen Satz von 5 Proz. Die Handelsbilanz konnte ausgeglichen werden und die Mehreinfuhr von 1925 im Werte von 3,6 Milliarden Mark glatt aufgeholt werden. Der Kursstand der Aktien erreichte wieder das Niveau von 1913. Die Fracht- und Gebührensätze erfuhren eine Verfeinerung resp. eine Ermäßigung, der Paketverkehr hatte eine Zunahme von 36 Prozent. Nicht mit Unrecht wird die Kapitalneubildung in den Händen der Unternehmer auf 6 bis 7 Milliarden in dem einen Jahre 1926 geschätzt.

Und wie sah die Lohnkurve im vergangenen Jahre aus? Im großen ganzen stiegen die Löhne der gelernten Arbeiter im ganzen Jahre um 0,9 und die der ungelerten Arbeiter um 1,1 Prozent. Und diese geringe Steigerung in einer Zeit, wo der Lebenshaltungsindex nach den amtlichen unzureichenden Berechnungsmethoden um 5,6 Prozent gestiegen ist. Mit anderen Worten der Reallohn ging um 4,7, resp. 4,5 Prozent zurück, wo die Wirtschaft einen kräftigen Ausschlag nahm. Auf Kosten der Arbeitnehmer vollzog sich der wirtschaftliche Ausschlag. Ihnen wurde nicht der Anteil am Ertrage der Wirtschaft gegeben, auf den sie mit Recht Anspruch erheben können, ohne die Gesundheit der wirtschaftlichen Verhältnisse zu gefährden.

An dieser Tatsache kann nicht gerüttelt werden. Der breiten Masse des arbeitenden Volkes sind trotz der hohen Steuern fast allein die Kosten des verlorenen Krieges auf die Schultern gelegt. Nicht allein der durchschnittliche Wochenlohn von 46,34 Mark für den gelernten und 34,44 Mark für den ungelerten Arbeiter im Dezember 1926 besagt dieses, sondern auch der wütende Kampf gegen jede Lohnerhöhung seitens der Unternehmer zeigt, auf wie schwachen Füßen die Begründung ihres Standpunktes steht. Wer sich bei seiner Stellungnahme auf unantastbare Gründe stützen kann, braucht nicht zu jenen Mitteln zu greifen, wie sie heute beliebt werden. Wir rechnen hierzu den auf der ganzen Linie zu verzeichneten Mangel an gutem Willen, sich bei Lohnverhandlungen zu einigen. Seit Jahresfrist schon kommt kein Lohnsatz mehr ohne die Mitwirkung des Schlichters zustande. Diesem wird nicht mal der Versuch unternommen, sich durch Verhandlungen zu einigen, sondern von vornherein über eingereichte Lohnforderungen Verhandlungen abgelehnt. Einzuzählen in diese gewiß nicht von Sachlichkeit getragenen Kampfmittel ist auch die neuerliche Hebe gegen das Schlichtungswesen, die Schlichter selbst, wenn diese den Unternehmern nicht genehme Persönlichkeiten sind, und gegen die Arbeits-, Wohlfahrts- oder Sozialministerien.

Wenn auch in erster Linie die Unternehmer in der kapitalistischen Privatwirtschaft die größten Gegner einer angemessenen Lebenshaltung der Arbeitnehmer sind, so wissen wir doch: die unsoziale Strömung hat auch auf die öffentlichen Betriebe und Verwaltungen übergegriffen. Nicht in allen Fällen als das Ergebnis der eigenen besseren Überzeugung, sondern dem Druck nachgebend, der heute mehr wie je auf die öffentlichen Verwaltungen seitens der Privatwirtschaft ausgeübt wird.

Nichts wäre verkehrter, als wenn die Arbeitnehmer sich willenlos dieser Entwicklung fügen wollten. Wir müssen es versuchen, genau wie die übrigen Stände unsere Erkennnisse recht kräftig zu gebrauchen. Im Laufe dieses Jahres laufen fast alle Lohnvereinbarungen ab. Bei den neuen Verträgen muß ganz energisch auf eine Befestigung der oben geschilderten Mißstände und Ungerechtigkeiten hingearbeitet werden. Nicht vergeblich werden diese Bemühungen sein, wenn die Kollegenchaft nun auch ernstlich versucht, die notwendigen Voraussetzungen für den Erfolg, eine starke gewerkschaftliche Organisation zu schaffen. Nur weil in den letzten Jahren ein großer Teil der Arbeitnehmer sich abseits stellte, den anderen die Vertretung der gesamten Berufs- und Standesinteressen überließen, konnte die soziale Reaktion derartige Fortschritte machen.

Lohntheorien.

Die Auffassung über den Lohn beeinflusst die Persönlichkeitswertung in entscheidenderem Maße, als man gemeinhin annimmt. Sie ist der sinnfälligste Ausdruck für die Spannweite der wirtschaftlichen nicht nur, sondern auch der geistigen, seelischen, kulturellen und moralischen Ideenwelt einer Zeit, ist der Prüfstein der sittlichen Einstellung zum Menschen in seiner Beziehung zur Gesellschaft. Wie sich die Lohntheorien gewandelt haben von der rein individualistisch-materialistischen Anschauung der klassischen Nationalökonomie bis zur Idee des gemeinsamen Dienstes an der Volksgemeinschaft, darüber bringt Hermann Lüft in der „Deutschen Arbeit“ (3/1927) eine wertvolle Zusammenstellung, der wir im Nachfolgenden nur das Allerwichtigste in gedrängter Kürze entnehmen.

„Wir unterscheiden vier Stufen der Entwicklung: 1. die Markttheorie, 2. die Produktivitätstheorie, 3. die Produktion-Konsumtheorie, 4. die kooperative Theorie des Arbeitslohnes.

Die Markttheorie geht von der Tatsache aus, daß es einen Markt für menschliche Arbeit gibt, wie es einen Markt für Eier, Butter und Schmalz gibt. Der Arbeitsmarkt erfüllt dieselbe Funktion für die Arbeit, wie es der Pferdemarkt für die Verkaufslustigen und Ankauflustigen im Pferdehandel tut: Er bringt beide Teile unter möglichst günstigen Verhältnissen der gegenseitigen Verständigung zusammen. Er konzentriert das Angebot und die Nachfrage und ermöglicht so einen Gesamtüberblick über den Markt und die besten Vorbedingungen für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeit findet dann in der Preisbildung für menschliche Arbeit seinen Ausdruck, und dieser Preis für menschliche Arbeit heißt Lohn. Der Arbeiter hat Anspruch auf den Lohn, für den er bedungen ist, und wettet nichts. Das Arbeitsverhältnis ist beendet, wenn der Arbeitsvertrag, der wesentlich ein Kaufvertrag ist, beiderseits erfüllt ist. Auf der einen Seite der persönlich freie Arbeiter mit der Ware seiner persönlichen Arbeitsleistung, und auf der anderen Seite der persönlich freie Arbeitgeber. Auf der Grundlage des Eigentumsbegriffes stehend, trennt die bürgerliche Nationalökonomie die Menschen in zwei Klassen: Solche, welche das Eigentum an den Produktionsmitteln in der Hand halten, und solche, welche über dergartiges Eigentum nicht verfügen. Der Eigentumsbegriff also scheidet die Menschen, und so definiert schließlich Eigentum den Wert der Person, und Eigentum definiert den Staat, d. h. der Staat hatte im Grunde keine andere Aufgabe, als dieses Eigentum zu schützen. Daß das Eigentum die Grundlage des persönlichen Wertes, ihres eigenen Persönlichkeitswertes sei, ist die typische letzte Überzeugung des Menschen der bürgerlichen Nationalökonomie, — eine Überzeugung von fast religiöser Kraft und fanatischer Unerschütterlichkeit. Dieser bürgerlichen Markttheorie des Arbeitslohnes liegt also zugrunde Materialismus im tiefsten Wessensfern; denn mit dieser materialistischen Auffassung der Persönlichkeit, — als bedingt durch Eigentum im wirtschaftlichen Sinne, — sind Religion und Sittlichkeit an ihrem Quellpunkte vereint, wie sehr sich auch die bürgerliche Nationalökonomie, ihre Philosophie und Geschichtsschreibung bemühen mochte, diesen Materialismus mit allen möglichen Mänteln eines klassischen, patriotischen, moralischen Idealismus zu bedecken.

Die Produktivitätstheorie brach noch lange nicht mit der materialistischen Grundlage, ging durchaus von dem individualistischen Unternehmern aus, als von dem ethischen und metaphysischen Ursprunge alles wirtschaftlichen Daseins überhaupt. Bei der Markttheorie des Arbeitslohnes war das Streben möglicher Herabdrückung des Faktors Arbeitslohn schließlich zu einer Art Besessenheit geworden, welche jedes kluge Denken hinderte. Der Unternehmer war überzeugt, daß der Arbeitslohn niemals einen gewissen Betrag überschreiten dürfe, der den Arbeiter in gebräuchlicher wirtschaftlicher Stellung ließ, und ihm jede wirtschaftliche Selbstständigkeit unmöglich machte. Billigste Produktionskosten, aber keineswegs billigste Verkaufspreise waren das Ziel. Denn die Differenz zwischen beiden, der privatwirtschaftliche Profit, bestimmte die Stellung der einzelnen Person, den Wert der Familie. Die Produktions-

theorie bezweifelte, ob diese kleinliche Habgier der beste Weg für den maximalen Gewinn sei. Man mochte bedauern, daß der Arbeiter nicht einfach eine Arbeitsmaschine sei; aber man hatte sich mit der Tatsache abzufinden, daß er schließlich doch ein Mensch war. Also sagte sich die Produktionstheorie: Ja komme weiter, wenn ich dem Arbeiter einen gewissen Anteil am Produkte gebe. Der Arbeiter sollte einen gerechten und bleibenden Anteil an den durch seine Mehrarbeit erzielten Mehrleistungen haben, über das hinaus, was gewissermaßen maschinenmäßig von ihm zu erzielen war. Ein psychisches Moment wird also als ein neuer Faktor in die Rechnung eingestellt. Daneben gibt es noch eine andere Form der Produktionstheorie, die mehr vom volkswirtschaftlich-technischen Standpunkte ausgeht.

Die Produktion-Konsumtheorie bricht grundsätzlich mit der individualistischen Einstellung zur Wirtschaft. Nur die Methode der wirtschaftlichen Prozesse ist individualistisch, und daher sind die Formen der Wirtschaft individualistisch. Der leitende Gesichtspunkt aber ist der der Volksgemeinschaft und der ihr entsprechenden Gemeinwirtschaft, und zwar in solchem Maße, daß nun von diesem leitenden gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus auch der einzelne Unternehmer schließlich nicht nur gemeinwirtschaftlich vernünftiger, sondern auch privatwirtschaftlich vernünftiger handeln kann. Produktion und Konsum werden als aufeinander bezogen verstanden. Elementarste wirtschaftliche Vernunft erfordert, dafür zu sorgen, daß der Produktion eine Konsumkraft gegenübersteht, die sie aufzunehmen vermag. Eine Politik hoher Löhne auf der einen Seite, Veredelung des Konsums der breiten Masse auf der anderen Seite durch Gewerkschaften und Genossenschaften.

Mit der Produktion-Konsumtheorie war die Bahn gebrochen für wirtschaftlich vernünftiges Handeln. Der unüberbrückbar scheinende Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter ist grundsätzlich überwunden, ist vielmehr ein taktischer geworden, der der höheren Lebensführung und der Hinaufentwicklung beider Teile dient in der steigenden Entwicklung der Produktion und in der Fürsorge für ihre volkswirtschaftlich wünschenswerte Verteilung. Die Bevölkerung erscheint nicht mehr in zwei Teile gespalten, sondern der eigentliche Träger der Produktionsmittel ist die Volkswirtschaft und die Frage des individuellen Eigentums ist eine Zweckmäßigkeitfrage. Das Prinzip des Eigentums findet seine völlige Umdeutung.

Soziales Denken und soziales Handeln.

Von Franz Anton Bestold, Volkswirt RDB.
(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Es gibt heute wenig Menschen, die nicht sozial sein möchten. Wenigstens mit dem Munde sind fast alle sozial. Es ist im Laufe von 40-50 Jahren Mode geworden, sich zu sozialen Aufstellungen zu bekennen. Ist es aber damit getan? Was heißt soziales Denken? Von vornherein sei hervorgehoben, daß viele von denen, die angeblich sozial zu denken, nicht sozial handeln. Das gilt auch von vielen Zeitungen und Zeitschriften. Dem äußeren Anschein nach sind sie für angemessene Löhne, gute Arbeits- und Lebensbedingungen, in Wirklichkeit bleibt es aber nur bei den Worten. Es fehlt ihnen eben die rechte Gesinnung, das rechte Denken, und infolgedessen können sie auch nicht richtig handeln. Wie mancher trieft von Verständnis und Wohlwollen (mit dem Munde) für die aufstrebenden Angestellten und Arbeiter, aber die entsprechenden Taten folgen nicht darauf. Das Denken kostet eben nichts und die Worte ebenfalls nicht. Wer durch und durch sozial denkt, der hat auch eine soziale Gesinnung, und wer wirklich sozial gesinnt ist, der handelt auch (wo und wann er kann) sozial.

Nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen ist der Zwiespalt zwischen dem sozialen Gerede und dem sozialen Tun meist auf ungenügendes Erfassen der sozialen Zusammenhänge zurückzuführen. Die nicht sozial Handelnden denken zu persönlich, zu eng, zu kleinlich. Sie wissen nicht oder sie verstehen nicht, daß es nicht auf das Heute, sondern auf das Morgen und Uebermorgen ankommt. Sie glauben, was heute für sie vorteilhaft ist, das müsse auch für die anderen vorteilhaft sein. Dieses Tagesdenken, wie ich es nennen möchte, bringt viel Verwirrung in die Volkswirtschaft. Für die Volkswirtschaft ist dieses kurzfristige Denken immer nachteilig. Nur wer in langen Sichten oder auf längere Zeit hinaus denkt, wird volkswirtschaftlich zweckmäßig handeln. Volkswirtschaftliches Denken ist auch immer soziales Denken. Der Volkswirt sagt nicht, der Mensch geht mich nichts an, ich habe es nur mit der Wirtschaft zu tun, sondern er muß sagen: Der Mensch muß wirtschaften, wenn er

Die kooperative Theorie des Lohnes stellt ein individuell-psychologisches Moment in den Vordergrund. Nach ihr gilt es, den Arbeiter als lebendigen Menschen in seiner schöpferischen und nicht nur mechanischen Kraft mit seiner vollen geistigen und seelischen Anteilnahme in den einzelnen wirtschaftlichen Betrieb einzuordnen. Der Unternehmer hat immer das Vortrecht gehabt, daß er sich auch als Mensch betätigen konnte, daß seine Tätigkeit Initiative, geistige Entschlußkraft, Energie von ihm forderte. Diese bisher beim Arbeiter nicht ausgenutzten geistigen und sittlichen Potenzen gilt es zum allgemeinen Besten und zum Besten der einzelnen Parteien nutzbar zu machen. Diese Theorie geht eng zusammen mit dem, was man „industrielle Demokratie“ nennt. Demokratie aber ist keineswegs gleichbedeutend mit „Freiheit“ in dem Sinne, daß jeder handeln kann, wie er Lust hat. Demokratie heißt Verantwortlichkeit jedes einzelnen in seiner Stellung und also Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der Gesamtheit für seine Tätigkeit. Der Arbeiter ist Mitarbeiter geworden. Er erhält den hohen Lohn, der seiner Arbeitsleistung entspricht, es wird ihm aber gleichzeitig die Möglichkeit gegeben, einen Teil dieses Lohnes im weiteren Ausbau des Unternehmens zu investieren und damit Mit-eigentümer zu werden. Der Arbeiter als Kapitalist kontrolliert den Arbeiter als Arbeiter. Und der Arbeiter als Arbeiter kontrolliert mit einem gewissen Sachverständnis die Geschäftsführung des Unternehmens. Auf diesem Wege wird eine ähnliche Verbindung der Interessengruppen erreicht, wie sie früher für den Handwerker charakteristisch war, der gleichzeitig Arbeiter, Unternehmer und Kapitalist in einer Person war. Die industrielle Entwicklung Amerikas verläuft in dieser Richtung.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Zur Lohnbewegung in den Berliner Häußlichen Betrieben.

Die christlichen Gewerkschaften sowohl wie die freien Gewerkschaften haben den Magistrat Berlin mitgeteilt, daß sie im Hinblick auf die seit der letzten Lohnregelung eingetretene Lernerung und mit Rücksicht auf die am 1. April kommende Mieterhöhung sich gezwungen sehen, den zur Zeit geltenden Tarifvertrag zu kündigen und eine Erhöhung aller Stundenlöhne um 10 Pfg. zu beantragen. Sowohl mündlich als auch schriftlich wurden die Anträge eingehend begründet. Es wird besonders auf den erhöhten Index für die Lebenshaltung

bestehen möchte. Wirtschaften heißt aber immer, vorsorgen für künftigen Bedarf.

Vernünftige Menschen schaffen die zum Leben und Gedeihen notwendigen Güter nicht in dem Augenblick, wo sie diese brauchen, sondern früher: sie arbeiten oder schaffen auf Vorrat. Nicht wenn es kalt wird, fördern sie Kohlen oder fällen sie Holz, sondern im voraus berechnen sie den künftigen Bedarf und beschaffen sie dann planmäßig und zielbewußt zu Boden. So ist es mit der Nahrung, der Wohnung, der Kleidung und den geistigen Bedürfnissen. Der Kultur Mensch unterscheidet sich vom unulturellen vor allem dadurch, daß er das, was für den Lebensunterhalt zu beschaffen ist, gründlich bedenkt und auf möglichst lange Zeit hinaus versorgt. Für die Arbeitsfähigen sorgt er mit. Den Arbeitslosen hilft er an. Der Kultur Mensch unternimmt keine Streifzüge, er macht keine Rente, er lebt nicht von der Hand in den Mund (von den Tieren, die da austreten und von den Früchten, die wild wachsen), sondern er bedenkt, was für die Zukunft am zweckmäßigsten sein könnte, macht sich darauf seinen Plan und steht sich dann nach den Mitteln um, mit denen er seinen Plan verwirklichen kann. Er sorgt im Sommer für den Winter vor und im Winter für den Sommer. Schiffe, Eisenbahnen, Luftfahrzeuge, Werkzeuge, Maschinen, Kraftanlagen, Beleuchtungs- und Nachrichtenanlagen und Wohnungen werden für viele Jahre gebaut. Die zum Leben nötigen Güter werden nicht erbeutet und bald verbraucht, sondern sie werden erarbeitet und, was sehr wichtig ist, sie werden in Gemeinschaften erarbeitet, die durch Gesetz und Recht miteinander verbunden sind. Das heißt: Keiner kann nach Drogenlust arbeiten, kaufen, verkaufen, bauen, reisen, sondern jeder muß sich an „Gesetz und Recht“ halten. Der Gesetzesverleter wird bestraft, er muß den Schaden, den er angerichtet hat, gutmachen, (soweit er kann), er muß sich an die „gesetzliche Ordnung“ halten. Wenn diese Ordnung nicht mehr zeitgemäß oder zweckwidrig ist, darf sie der einzelne nicht umschlagen, wie man einen Baum umschlägt. Es würde zu ganz unhaltbaren Zuständen führen, wenn jeder das ihm ungeeignet Erscheinende kurzerhand beseitigte. Es wäre der Kampf aller gegen alle, wenn jeder auf eigene Faust zu wirtschaften suchte.

lowe auf die bevorstehende Mieterhöhung und Jahrpreis-erhöhung der Berliner Verkehrsmittel hingewiesen.

Eine Gegenüberstellung des Lohnes in der Vorkriegszeit mit dem jetzigen zeigt, daß nicht nur der Reallohn bedeutend niedriger ist, sondern daß auch die nominalen Nettoverdienste fast die gleichen geblieben sind wie die in der Vorkriegszeit. Das Realeinkommen der städtischen Arbeiter betrug danach gemessen am Februarindex 1927 mit 145 Punkten gegen 100 Punkte 1914, für ungelernete Arbeiter 68½ bis 73 Proz., für angelernte Arbeiter 70 bis 69 Proz. und für Handwerker 83½ bis 70 Proz. der Vorkriegslöhne. Um die Lebenshaltung des Jahres 1914 zu erreichen, müßten die Löhne der ungelerneten Arbeiter um etwa 12 bis 13 Mark, der angelernten Arbeiter um 12 bis 16 Mark, der Handwerker um 7 bis 18 Mark pro Woche erhöht werden. Besonders wird darauf hingewiesen, daß nach der amtlichen Statistik der Brotpreis in Berlin vom 1. September 1926 bis 1. März 1927 von 39 Pfg. pro Kilo auf 46,9 und der Kartoffelpreis von 40 Pfg. für 5 Kilo auf 80 Pfg. gestiegen ist. Die Preissteigerung fällt deshalb besonders stark ins Gewicht, weil die beiden Nahrungsmittel die Hauptnahrungsmittel der Arbeiter sind. Kein Wunder, daß sich unter diesen Verhältnissen die städtischen Betriebe glänzend entwickeln konnten. Es wird verwiesen auf die Ausführungen des früheren Berliner Kammerers Dr. Karding im „Magazin für Arbeitsrecht“. Dr. Karding führt aus:

„Seit der Bildung der Einheitsgemeinde konnten sieben selbständige Gaswerke, sechs selbständige Elektrizitätswerke (von elf), sieben ebensolche Wasserwerke stillgelegt werden, weil die übrigen, moderner angelegten oder moderner ausgebauten Werke ihre Arbeit mit zu übernehmen vermochten. Der Umfang dieser Verbesserung ergibt sich aus einem Vergleich der Zahl der beschäftigten Personen und der Jahresleistung der Werke.

	1922:	1925:
Gaswerke:		
Personalkräfte	12 000	7 500
Gaserzeugung cbm	409 000 000	427 000 000
Wasserwerke:		
Personalkräfte	1 500	1 350
Wasserförderung cbm	119 000 000	137 000 000
Elektrizitätswerke:		
Personalkräfte	3 500	4 800
Stromerzeugung aus eigenen Werten KWS.	170 000 000	365 000 000
Stromverkauf im ganzen KWS.	430 000 000	662 000 000
Straßenbahn:		
Personalkräfte	13 700	13 500
Beförderte Personen	520 000 000	772 000 000
Wagenkilometer	115 000 000	149 000 000

Die Zahlen sprechen für sich selbst. Bei den Gaswerken hat

die Gaserzeugung um 4 v. H. zugenommen, während das Personal sich um 40 v. H. verringert hat; die Wasserwerke förderten 15 v. H. mehr Wasser mit einem um 10 v. H. geringeren Personal, bei den Elektrizitätswerken hat der Stromverbrauch im ganzen um 54 v. H. zugenommen, die Stromerzeugung aus den eigenen Werken sogar um 115 v. H. zugenommen, während die Personalkräfte nur um 37 v. H. gemachsen ist. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß auch die Arbeitszeit für das Personal gegenüber 1922 länger geworden ist; im allgemeinen um die viertelstündige Pause, die 1922 noch in die achtfünftündige Arbeitszeit eingerechnet wurde; bei den Schichtarbeitern der Gaserzeugung (d. h. bei etwa 15 v. H. der Gutsarbeiter) um mehr.

Bei der Straßenbahn hat die Zahl der beförderten Personen um 48 v. H. zugenommen, die Zahl der gefahrenen Wagenkilometer um 30 v. H., während das Personal an Zahl geringer ist als 1922. Hier hat auch eine größere Verlängerung der Arbeitszeit mitgewirkt, die von acht auf neun Stunden erstreckt und intensiver genutzt wurde.“

Diese Zahlen haben sich weiterhin im Jahre 1926 zugunsten der städtischen Unternehmen verändert. Auch für die Kammerei- und Regiearbeiter liegen ähnliche Ergebnisse vor. Trotz erheblicher Vergrößerung des Arbeitsgebietes gegenüber 1914 ist keine entsprechende Erhöhung der Arbeiterzahl eingetreten. Ein Beweis, daß auch in den Kammerei- und Regiebetrieben die Arbeitsleistungen des einzelnen Arbeiters erheblich gegen 1914 gesteigert sind.

Diese Zahlen gegenüber konnten die Magistratsvertreter keine durchschlagenden Argumente vorbringen. Stadtverordneter Treffert, der auf diese Zusammenhänge hinwies, trat für den Antrag der Gewerkschaften ein und verwies besonders auf die allgemein günstige Wirtschaftslage und die Gewinne, die auch zurückzuführen seien auf die Senkung der Kohlenpreise, die Herabsetzung der Umsatzsteuer und anderer Steuern, der Frachten und Gebühren und einer Reihe Maßnahmen, die sich bis heute leider nicht in der Preisgestaltung bemerkbar gemacht haben. Der Antrag der Gewerkschaften wurde daraufhin mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie und Kommunisten angenommen. Die Vertreter der anderen Parteien stimmten dagegen oder enthielten sich der Stimme. — Nun hat der Magistrat die Entscheidung.

Lohnbewegung der Gemeindearbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiete.

Am 21. März fanden mit dem Arbeitgeberverbande der Gemeinden die Verhandlungen über die von den Gewerkschaften eingereichten Forderungen statt. Eine Einigung kam nicht zustande. Seitens des Arbeitgeberverbandes wurde behauptet, daß die Lebenshaltungskosten seit der letzten Lohnerhöhung im allgemeinen gleich geblieben seien. Des weiteren könnten sich die

Wo zwei oder mehr Menschen zusammenleben, muß es Gemeinschaftsinn und gemeinschaftliches Denken geben. Das „Soziale“ beginnt, wo einer dem anderen ins Gehege kommt. In diesem Sinne bedeutet es immer und überall: Einschränkung oder Beschränkung. Wenn diese Einschränkung oder Beschränkung zu weit geht, der hat das Recht, Vereinbarungen vorzuschlagen, durch Besprechungen zur Verständigung zu kommen. Gesetz und Recht sind nicht für alle Zeiten, sie sind änderungsfähig. Wer etwas in den Beziehungen der Menschen untereinander anders geregelt haben möchte, kann ein neues Recht vorschlagen. Für das neuzeitliche Recht darf er werben, Gemeinschaften dafür schaffen und sich mit anderen Gemeinschaften zu diesem Zweck verbinden. Nur mit dem Knoten und dem Prügel darf niemand vorgehen. Wer neues, besseres Recht, zweckmäßigere und ergiebiger Wirtschaft möchte, muß durch den Geist, durch Gedanken, durch Erkenntnisse wirken. Diese Seite des Sozialen (die aufbauende) ist sehr zu beachten. Sie ist in den Vordergrund zu rücken. Wer geben oder vorzuziehen möchte, der muß dazu imstande sein. Sachkundig, denk-, urteils- und arbeitsfähig sein. Gegeben kann immer nur da werden, wo etwas vorhanden, etwas erarbeitet, gestaltet, gebraucht- oder oenußfähig gemacht ist. In der Volkswirtschaft kommt es zuerst auf ausreichende Güterherstellung und Güterversorgung an. Aus nichts kann nichts werden und mit einem Nichts kann nicht sozial gehandelt werden. Ohne richtiges Denken kann nirgends richtig gehandelt werden, aber auf das richtige Denken muß auch die richtige Tat folgen. Auch im Sozialen muß richtig gehandelt, richtig geschafft werden. Der gute Wille ist achtenswert, aber der gute Wille allein schafft kein Brot, keine Kleidung und keine Wohnung. Sozial denken heißt also vor allem auch das Soziale vorbereiten und es ausführen.

Manche glauben, daß es sozial sei, das Geld unter die Menschen zu bringen, etwa in dem Sinne: es irgendwo ausgeben, Gelegenheit zur Arbeit geben. Aber handelt der Sozial, der sein gewonnenes oder errungenes Geld in Prachtbauten steckt, zwei, drei oder noch mehr solcher Bauten errichtet und nur allein oder mit seiner Familie sie bewohnt, während es anderen Menschen an dem allernötigsten Wohnraum fehlt. Im Jahre 1913 schrieb Dr. Ferdinand Buomberger, daß wir in vielen

unserer Anschauungen wenig fortschritten, „ja, daß in gewisser Beziehung Rückschritte zu buchen sind“. Der Mittelwelt hält er einen Spiegel vor in der Gestalt des Schweizer Fabrikanten Joh. Kaspar Brunner. Brunner, so führte er etwa aus, habe nicht nur sozial geschrieben, sondern auch dementsprechend gehandelt. Seine Auffassung war, daß Rohheit und Selbstsucht allenthalben anzutreffen seien. Dem müßte durch Erziehung, Bildung und Gesehe vorgebeugt werden. Auf den Vorwurf, daß der Arbeiter im großen und ganzen an seinem Elend selber schuld sei, erwiderte er, daß dies unrichtig sei. Immer wieder heiße es: Jeder liege, wie er sich gebettet habe, aber der Arbeiter könne sich nicht so betten, wie es zweckmäßig wäre. Man müsse ihm behilflich sein, sich besser zu betten. „Bei unseren gesellschaftlichen Einrichtungen steht der Armgeborene auch bei denselben Geistes- und Körperkräften nicht entfernt auf derselben Stufe von Freiheit und Gleichheit wie der Reichgeborene“.

Vieles von dem, was um uns herum ist, erscheint vielen als natürlich. Brunner aber sagt: Viel davon ist künstlich. Aber „was auf künstliche Weise verschoben ist, das kann auch auf künstliche Weise wieder korrigiert werden“. Zwar sagte so ein Praktikus, die Löhne seien noch nie so hoch gewesen wie gegenwärtig, und früher seien die Arbeiter schlimmer daran gewesen. Durch Fleiß und Sparsamkeit sei dieser und jener emporgekommen. An dem Unheil der Zeit aber seien Niederlichkeit und Gottlosigkeit der Armen schuld. Wenn es früher schlechter gewesen sei als heute, so sei dies ein schlechter Trost für den hungernden Magen. Von dem anwachsenden Wohlstand verlange der Arbeiter seinen Anteil. Bezeichnend an den Äußerungen Brunners ist, in welcher natürlichen, unbefangenen Weise er seinen Kollegen (den Unternehmern) ins Gewissen redete. Daß er klar und hell sah: viel Armut und Elend wäre nicht, wenn die Menschen besser erzogen, geschult und geübt wären, ist für die Zeit vor etwa 60 Jahren für einen Fabrikanten sehr bemerkenswert. Er schrieb so einfach und doch inhaltsvoll: Gesänge es uns, den Menschen noch so gelehrt und noch so geschickt zu machen; es wird nicht besser werden, bis es uns gelingt, ihn selber besser zu machen; es wird nicht besser werden, bis wir alle besser sind. Denn diese Frage geht nicht etwa nur die unteren, sie



Löhne der Gemeindearbeiter, mit denen anderer Gruppen ver-
glichen, noch sehr gut messen. Im übrigen sei die Finanzlage der
Gemeinden verschlechtert worden. (Zustimmung der Getreidesteuer
u. a.)

Der Arbeitgeberverband sei jedoch bereit, für die am 1. April
1927 in Kraft tretende Mieterhöhung einen Ausgleich zu schaf-
fen. Er berechnete die Mieterhöhung im Durchschnitt auf 1 Pf.
pro Stunde. Infolgedessen könne er nur eine Lohnerhöhung ab
1. April 1927 von 2 Pf. pro Stunde in der Spitze bis zum Ende
dieses Jahres gewähren.

Selbstverständlich konnten wir auf einen derartigen Vorschlag
nicht eingehen, lehnten denselben ab und beschlossen, die Be-
zirkschiedsstelle anzurufen. Dieselbe tagte am 24. März unter
dem Vorsitzenden Klossermann in Dortmund.

Der Arbeitgeberverband blieb zunächst bei seinem Angebot
von 2 Pf. Nach mehreren Einzelberatungen erhöhte derselbe
schließlich sein Angebot auf 3 Pf. pro Stunde in der Spitze und
wollte das Lohnabkommen unkündbar bis zum 31. März 1928
gültig machen. Eine Mehrheit hierfür war nicht zu finden,
so daß der Schlichter dann zum Schluß folgenden Vorschlag
machte, welcher auch zum Schiedsspruch erhoben wurde:

1. Der gekündigte Lohnsatz wird vom 1. März 1927
wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Löhne mit
Wirkung vom 1. April 1927 in der Lohngruppe I der Lohn-
gebiete 1-4 um 5 Proz. erhöht werden. In den übrigen
Lohngruppen verändern sich die Löhne in dem bisherigen
Verhältnis.

2. Das neue Lohnabkommen läuft unkündbar bis zum
30. November 1927 und kann von diesem Zeitpunkte ab mit
einmonatiger Frist jeweils zum Monatsende gekündigt
werden.

Danach betragen ab 1. April 1927 die Stundenlöhne:

	im Lohngebiete			
	1	2	3	4
in Gruppe:				
I	85 -/3	80 -/3	74 -/3	68 -/3
II	76 -/3	72 -/3	67 -/3	62 -/3
III	72 -/3	68 -/3	63 -/3	58 -/3
IV	68 -/3	64 -/3	59 -/3	54 -/3
V	51 -/3	48 -/3	44 -/3	41 -/3

Kinder- und Hausstandsgeld beträgt je 3 Pf. die Arbeits-
Kunde.

Vorausichtlich wird der Schiedsspruch von beiden Seiten
anerkannt finden.

Wochenfeiertage im Sinne des § 13 des RMV.

Der § 13 des RMV. bestimmt, daß „an gesetzlichen sowie an
behördlich angeordneten, in die Arbeitswoche des einzelnen Ar-
beiters fallende Wochenfeiertage“ der Lohn für ausfallende Ar-
beitsstunden weitergezahlt werden soll. Im Bereiche des Arbeit-

geberverbandes rheinischer Gemeinden und Kommunalverban-
de war es zu Meinungsverschiedenheiten über den Begriff „be-
hördlich angeordnete Feiertage“ gekommen. Das Er-
kenntnis der Bezirkschiedsstelle Köln vom 1. April 1927 in
Sache hatte der Arbeitgeberverband Bergheim beim Zentral-
ausschuß eingelegt, die am 16. März 1927 beschlossen wurde.
Hier wurde folgender Vergleich geschlossen:

„Wochenfeiertage im Sinne des § 13 RMV. sind Tage, an
denen durch Gesetz oder Anordnung der zuständigen Behörde
zwecks äußerer Heilighaltung des Tages die herkömmliche Wer-
tagstätigkeit (auch die gewerbliche Tätigkeit) verboten ist.“

Den Tagen, an denen zwecks äußerer Heilighaltung die her-
kömmliche Werttagstätigkeit (auch die gewerbliche Tätigkeit)
durch Gesetz oder Anordnung der zuständigen Behörde verboten
ist, sind gleichzuachten die Tage, die, ohne durch Gesetz oder be-
hördlicherseits als äußerlich heilig zu haltende Tage angelegen
und durch Nichtausübung der herkömmlichen Werttagstätigkeit
(auch der gewerblichen Tätigkeit) auch äußerlich heilig gehalten
werden.

Wesentliches Merkmal für einen Wochenfeiertag im Sinne
des § 13 RMV. ist das Ruhen der herkömmlichen Werttags-
tätigkeit (auch der gewerblichen Tätigkeit) an diesem Tage zwecks
äußerer Heilighaltung des Tages.

Ein Tag, der nicht Wochenfeiertag in dem vorstehend dar-
gelegten Sinne ist, wird dadurch nicht zum Wochenfeiertag im
Sinne des § 13 RMV., daß eine Gemeindeverwaltung für den
betreffenden Tag die bei ihr beschäftigten Beamten und Ange-
stellten, wie an Sonntagen, vom Dienste freistellt.“

Ortslohnzulagen für Staatsarbeiter und Verwaltungsarbeiter.

Nach Vereinbarung mit den am Mantellarifvertrage für die
Lohnempfänger bei den preussischen Verwaltungsbehörden be-
teiligten Arbeitnehmervereinigungen sind die Ortslohnzulagen
für die unter diesen Tarifvertrag fallenden Arbeiter mit Wir-
kung vom 30. Januar 1927 (Beginn der Lohnwoche) wie folgt
geändert worden:

in Altona (Elbe), Altona-Bahrenfeld, Blankenese, Eidelstedt, Großflohbeck, Hochkamp, Kleinflohbeck, Lokstedt, Niendorf (Kreis Pinneberg), Schiffs- Stellingen, Wandsbek, Wilhelmsburg (Elbe)	48 v. H.
in Harburg (Elbe)	45 v. H.
in Ahrensburg, Altrahnsdorf, Aumühle, Reinbek	16 v. H.
in Buxtehude, Stade	12 v. H.
in Bad Oldesloe	10 v. H.
in Lüneburg	8 v. H.
in Pinneberg	16 v. H.
in Flensburg, Husum, Tjebe	10 v. H.
in Rendsburg, Schleswig	5 v. H.
in Leuna-Werke, Merseburg, Weißenfels	5 v. H.
in Elmshorn	20 v. H.

seht noch viel mehr die oberen Schichten an.“ Brunner meint
nichts mehr und nichts weniger: Wissen und Geschicklichkeit seien
nützlich, sie allein aber brächten die Menschen nicht vorwärts. Die
Befähigung der Menschen müsse besser werden. Eben, wir
müßten auch sozialer denken. Manche seiner Kollegen, so führte
er weiter aus, glauben vielleicht, diese Gedanken seien über-
spannt und nicht praktisch. Es sei sehr fraglich, wer vorteil-
hafter handle, der engstirnige Selbstsuchtige oder der Menschen-
freund. Er (Brunner) habe bei seinen Ansichten und seiner
Handlungsweise kein Auskommen so gut wie die anderen ge-
funden und es in Ruhe und Frieden mit seinen Arbeitern ge-
hoben.

Fügen wir hinzu: Wer die geistigen, sittlichen und leiblichen
Kräfte hebt, schafft mit ihnen auch besseres und vollkommeneres.
Im Menschen ist ein gewisses Etwas, das Gerechtigkeit, An-
regung, Pflege und Achtung verlangt; wird dieses Etwas richtig
behandelt, dann wächst der ganze Mensch, die Volks- und die
Weltwirtschaft. Einkommen und Auskommen werden besser.
Daraus ergibt sich: Soziales Denken und soziales Handeln sind
keine Gefühlsduseleien, keine weltfremden Erfindungen einiger
verschrobener Köpfe, sondern auf Förderung der Menschen ge-
richtete Bestrebungen. Richtiges soziales Denken und Handeln
stärken die Wirtschaft. Nicht einer oder der andere wird da-
durch herausgehoben auf Kosten der anderen, sondern alle wer-
den damit gefördert. Wirtschaft und Leben werden durch rich-
tiges soziales Denken und Handeln ergiebiger und voller. Die
Lösung des sozialen Denkens ist nicht: Du darfst auch nicht mehr
verdienen als ich; ich werde dich schon zu mir herunterziehen,
sondern sie lautet: Du, der du geistig oder körperlich mehr ver-
magst, zeige mir Wege und Mittel, wie ich zu dir hinkomme.
Der Sinn des sozialen Denkens ist nicht Druck, sondern Hebung,
nämlich: Hebung des geistigen, sittlichen und körperlichen Men-
schen im ganzen und im gesamten.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Stoffe und Kräfte
der Welt in Zukunft viel sorgfältiger und zweckmäßiger als
früher benutzt und ausgewertet werden. Das bedeutet: Zu-
nahme der Möglichkeiten besserer Versorgung mit den zum
Leben nötigen, nützlichen und angenehmen Gütern. Diese Ent-
wicklung mechanisiert und maschinisiert die Güterherstellung in

einem früher nie geahnten Ausmaße. Manche wenden sich aus
innerer Abneigung gegen das Mechanische und Maschinelle, an-
dere erblicken darin eine Verfümmung des menschlichen Geistes
und Körpers, andere preisen diese Entwicklung als eine Befrei-
ung des Menschen von den Gewalten der Natur. Die mehr in sich
gerichteten, überzarten und überempfindlichen Menschen müssen
das neuzeitliche wirtschaftliche Treiben mit betrübten Augen
ansehen. Vieles ist wirklich nicht schön, vieles ist nicht gut,
vieles ist nicht zweckmäßig. Aber wer sagt denn, das dies so
sein muß oder so sein soll? Fast möchte ich sagen: Wer sich in
sein Schicksal ergibt, kommt darin um! Gatten wir es lieber
mit dem Dichter: Und dräut der Winter noch so sehr mit
trohigen Gebärden, es muß doch Frühling werden“. Zur Herbei-
führung des Frühling, der hier gemeint ist, können wir aller-
dings nichts tun, er kommt naturgemäß; zu dem aber, den wir
erhoffen, können wir sehr viel tun: Wir können ihn schaffen.

Die Technik hat den Menschen zwar noch nicht von den Ge-
walten der Natur befreit (von ihren Gefahren, ihrer Unbill),
aber sie kann so gerichtet werden, daß sie die Gewalten aufhört
und sie mehr und mehr nützt. Die Technik muß im wahren
Sinne des Wortes: Dienerin der Menschheit werden, sie muß
ihr das Leben im gesamten reicher machen. Das kann sie. Also
nicht einfach: Technik, sondern auf die Erfüllung der sozialen
Aufgaben gerichtete Technik. Die vollkommensten, leistungs-
fähigsten und ergiebigsten Veranlagen, Maschinen, Geräte,
Arbeitsverfahren, Verkehrseinrichtungen, das durchgebildete
Ein- und Verkaufswesen muß erstrebt werden. Dazu müssen
„alle Mann an Bord“: Die Lehrer, Erzieher und die gelehrt
und erzogen werden sollen, die Arbeitgeber und die Arbeit-
nehmer, die Selbständigen und Unselbständigen, die Staats-
und Gemeindebeamten, die Ärzte und Seelenkundigen, die
Wissenschaftler, Rechtskundigen, die Techniker und Künstler.

Soziales Denken ist ja Denken in Gesamtheiten, in Gesamt-
zusammenhängen, nicht in engstirniger, persönlicher Weise.
Einem muß dem andern vordanken, einer dem andern nachdenken
und aus diesem ineinander übergehenden Denken muß ein Zu-
sammenarbeiten werden, wo einer dem andern vorarbeitet und
einer dem andern in die Hand arbeitet. Das ist soziales Denken
und Handeln und daraus entsteht Volkswohlstand.

Betriebsrätefragen.

Handeltreibende Betriebsräte.

In der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit, als die Lebensmittel noch recht knapp waren, war es schließlich verständlich, wenn die Arbeiterausschüsse und Betriebsräte versuchten, Lebensmittel, Feuerungsmaterial usw. für die Belegschaft zu beschaffen. Es war ein Nothelf, der nur so lange Berechtigung hatte, wie ein Nothstand bei Beschaffung von Lebensmitteln usw. bestand. Zu den eigentlichen Aufgaben der Betriebsräte gehört die Beschaffung oder Vermittlung von Verbrauchswaren nicht. Vielmehr ist diese Art der Betätigung sehr geeignet, die Betriebsräte von ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiete abzulenken.

Beschaffung von Lebensmitteln usw. ist Sache der Konsumgenossenschaften, die hierfür geschaffen und hierfür die notwendigen kaufmännischen Kenntnisse besitzen. Ohne die Gepflogenheiten und Sitten des Handels zu kennen, ohne einen genauen Ueberblick über Marktlage und Preisentwicklung ist es nicht mehr möglich, preiswert einzukaufen. Deshalb gilt für die Betriebsräte heute mehr als je zuvor: **Schüler, bleib bei deinem Meister!**

Welche Folgen es haben kann, wenn Betriebsräte ihr eigentliches Aufgabengebiet verlassen, zeigt folgender Fall:

Der Betriebsrat der städtischen Betriebe und Unternehmungen in Bonn hatte 1924 die Lieferung von Kartoffeln an die städtischen Angestellten und Arbeiter vermittelt. Aus diesem Geschäft ergab sich eine Differenz von insgesamt 1185,82 Mark. Aus welchen Ursachen läßt sich schwer feststellen. Heber die Menge der gelieferten Ware, über erfolgte Zahlung oder Nichtzahlung steht Behauptung gegen Behauptung. Nachdem keine Einigung zu erzielen war, verklagte der Lieferant den Vorsitzenden des Arbeiterrats, den Kollegen E., auf obigen Betrag nebst 12 Prozent Zinsen seit dem 1. April 1925.

Bis zum 26. Februar 1926 lag der Prozeß hin. Ausnahmsweise war dem Kollegen E. der Rechtschutz des Verbandes bewilligt. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß im vorliegenden Falle nicht der Betriebsrat, sondern die Angestellten und Arbeiter die Käufer und der Betriebsrat nur der Vermittler gewesen wäre, insoweit die Klage abzuweisen sei. Es hat demnach noch einmal gut gegangen. Ebenlogut aber hätten die Beklagten auch den Prozeß verlieren können, wenn der Lieferant bei Abschluß des Vertrages gerissener gewesen wäre.

Deshalb in Zukunft Hände weg von Aufgaben, für die die Betriebsräte nicht zuständig sind.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Wie lange noch ?

In der fortschreitenden Gesundung der Wirtschaft vergessen die „Inhaber“ der Fabrikbetriebe nicht den Ausbau ihrer Interessensorganisationen. Die interessantesten Beispiele werden täglich bekannt und dienen als Beweis dafür, daß die Mitglieder dieser Fabrikantenorganisationen scheinbar nichts zu befürchten haben von aller Kritik in der Öffentlichkeit und erst recht nichts zu befürchten haben von einer gesetzlichen Regelung der Kartell- und Konzernfragen. Bis diese Regelung kommt, wird noch mancher Jahresgewinn verbucht sein und schließlich stellt eine solche Organisation auch darauf; denn je älter die Praxis, um so größer auch die Technik — in der Bezwingung aller unangenehmen gesetzlichen Bestimmungen.

In diesen Tagen wird schon bekannt, daß die Obstkonkurrenzen im kommenden Herbst teurer werden. Die Blüten sind noch nicht am Baum. Man kann noch nicht ahnen, ob es eine gute oder schlechte Ernte gibt; aber — der Schutzverband weiß schon sehr, daß die Preise anziehen. Da haucht selbst mancher Fachmann und auch so mancher Laie hört es und — zahlt demnach. Das ist ja auch scheinbar die bequemste Aufgabe des Verbrauchers und sein Pflichtenanteil in der Wirtschaft.

In neuester Zeit lebt wieder der „Marken-Schutzverband“ auf, dem 200 Firmen der verschiedensten Art angegeschlossen sind, vom Cognac über alle möglichen Lebens- und Genussmittel bis zum Puder und zur Toilettenseife und die verschiedensten Willen für irgend eine Lebensnot. Die Kellere hat all diesen Artikeln „Auf“ verschafft und so bestimmt weniger die Qualität, als weit mehr die harte Nachfrage den Preis. Der Krieg isolierte hart die Verbandsbedingungen. Aber jetzt hebt sich das Geschäft aus der Krise und nun heißt es Preise **hauen** — zum Schutz für die Fabrikanten, Großhändler, Vertreter, bis zum letzten Kleinhändler. Alle werden geschützt gegen — den Verbraucher. Und wie lauten die Bedingungen? Kurz und bündig: jeder Fabrikant und jeder Schutzbedürftige in der weiteren Kette der Mitgliedschaft verpflichtet sich durch Unterschrift:

- a) Den festgesetzten Preis einzuhalten.
- b) Nur den „tarifizierten“ Großhändler und Kleinhändler zu beliefern.
- c) Eine Strafe von 500 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung an den Verband zu zahlen.

b) Alle 200 Firmen übernehmen auch gegenseitig die Pflicht, diese Bedingungen einzuhalten.

Also z. B. der Cognac-Händler beliefert den Droghisten nicht mehr, wenn er einen Topf Puder oder eine Schachtel Pillen billiger verkauft, als nach der Vorchrift des Schutzverbandes.

Sobald der Verband über eine Firma das Verkaufsverbot verhängt hat, dürfen die Verbandsmitglieder weder Ware liefern noch anbieten, oder von irgend einer der 200 Firmen beziehen — — sonst sind für jeden Fall 500 Mark fällig.

Und der Handel macht mit. Er tut es vielleicht gern; denn sein Verdienst ist durch diese Bestimmungen ja auch gesichert. Ja der Kleinhändler als letzter in der Kette muß mitmachen, sonst bekommt er eben keine Ware mehr. In dieser Umarmung erkennt der Mittelstand auch scheinbar gar keine Gefahr. Eine solche kommt ja für den „noleidenden“ Mittelstand nur von den — — Konsumgenossenschaften, welche sich durch ihren Zusammenschluß in den Verbänden und in ihrer gemeinsamen Warengentrale in schärfster Weise gegen die rücksichtslosen Verpflichtungen des Marken-Schutzverbandes wehren.

Wie lange noch soll dieses Treiben der vereinigten Fabrikantenverbände mit Erfolg für ihre Klassen weitergehen? Nur solange, als die Masse der Verbraucher es zuläßt. Kein Gesetz und keine Kritik über den „Kapitalismus“ bringt hier eine Aenderung. Nur der starke Wille der vereinigten Verbraucher gebietet hier der Willkür der Fabrikantenverbände ein unüberwindbares Hindernis.

Wie lange noch . . . ? Nur solange, als die vereinigten Verbraucher noch nicht diese Aufgabe der Konsumgenossenschaftsbewegung erkennen und sich geschlossen hinter ihre Interessensorganisationen stellen. Nur solange können die Fabrikanten im „Marken-Schutzverband“ ihre Preise für 500 Mark Strafe im Einzelfalle diktiert, als die Mitglieder der Konsumgenossenschaften sich lieber um 1 Prozent mehr oder weniger Rückvergütung am Jahresabschluß streiten, als die Augen offen zu machen und zu begreifen, wie sie sich mit diesem Streben nach höchster Rückvergütung ihre eigene Macht vernichten und die Fabrikantenverbände stärken. Nur solange hat die Preisdiktatur des „Marken-Schutzverbandes“ noch Existenzmöglichkeit, als der organisierte Arbeiter und Angestellte noch nicht begreift, daß gewerkschaftlicher Erfolg nicht allein abhängig ist von einer guten gewerkschaftlichen Führung örtlich oder zentral, sondern von der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften in der vollen Auswertung der eigenen Kaufkraft und Verwendung des freien Willens, das zu kaufen und das abzunehmen, was ihm die Konsumgenossenschaft empfiehlt.

Wie lange noch . . . soll diese Preisdiktatur für Mark 500.— Strafe sich weiter auswirken? Nur solange, bis auch der letzte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte über diese Frage nachdenkt und dann die Schutzfolgerung zieht. Ist es wirklich so schwer, das zu begreifen?

Die billige Ware in Europa.

Die gute wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten von Nordamerika war nur möglich durch die Belohnung des inneren Marktes, die ihren Ausgangspunkt nahm von der Sorge um eine möglichst hohe Entlohnung der Arbeiterschaft. Zwar stiegen auch die Preise. Aber sie blieben weit zurück hinter der Steigerung des Lohnes, die im wesentlichen durch Umfahrböschung und Produktionsvereinfachung ausgeglichen wurde. Die verhältnismäßig schlechtere wirtschaftliche Lage Europas basiert zum großen Teil auf dem scheinbar unüberwindlichen Dogma, daß nur durch Niedrighaltung der Löhne ein wirtschaftlicher Aufstieg möglich sei. In einer Weihnachtsbetrachtung, die die Zeitschrift *Henry Jords*: „The Dearborn Independent“ anstellt, wird das recht treffend charakterisiert. Wir entnehmen derselben folgendes:

„Gemessen am Dollar ist in Europa manches billig. Aber am billigsten ist die Arbeitskraft des Menschen. In England sowohl wie in Deutschland, in Holland wie in Frankreich, in Dänemark wie in Italien, in Ländern mit hochwertiger und niedriger Währung oder mit dem Friedensstandard, überall ist die menschliche Arbeitskraft billig. Der Eisenbahnangestellte, der Straßenkehrer, der städtische Arbeiter, der Tagelöhner, der Bankangestellte, der Handelsreisende, sie alle sind billig. Sie erhalten kaum mehr Lohn, als zu den Kosten der Unterkunft, Verpflegung und für die notwendige Kleidung ausreicht.“

„Es findet eben ein *circulus vitiosus* statt, durch welchen die Gewährung eines angemessenen Lebensunterhaltes verhindert wird. Denn die Löhne können naturgemäß nicht erhöht werden, ohne daß sich zugleich das allgemeine Preisniveau erhöht. Aber mag diese Folge eintreten oder nicht, der Volkswohlfahrt in Europa wird sich nicht eher bessern, bis man dem Arbeiter seines Lohnes würdig erachtet. Man soll dem Arbeiter, der da drüht, das Maul nicht verbinden.“

„Die Löhne sind noch nicht den dritten Teil so hoch, wie in Amerika. Der Arbeiter, der die große Masse des Volkes bildet,

bedient daher nicht das, was zum Leben erforderlich ist. In den Arbeiterwohnungen ist ein Baderaum ganz selten vorhanden, die Aborte sind in fürchterlichem Zustand, Spülwasser-Klosetts sind nicht üblich."

Das Geschlechtsproblem wird in Europa viel offener behandelt als in Amerika. Themata, die bei uns kaum berührt werden, werden dort im Theater, in Büchern und Zeitungen breitgetreten. Amerika hat ja auch seinen Anteil an solcher Literatur, aber in Europa liegt ein reichlicher Ueberfluß auf diesem Gebiete vor. Hieran ist die grenzenlose Nichtachtung der menschlichen Wesen schuld, die sich in der unzureichenden Entlohnung ausdrückt. Die waterlose Masse und die zertrümmerte Familie sind ja auch nur menschliche Kräfte, die so überaus billig sind. Ehe nicht der menschlichen Würde durch menschliche Entlohnung Rechnung getragen ist, kann in Europa keine Gesundung eintreten."

Wem soll die Mieterhöhung zugute kommen?

Bekanntlich wird die Miete am 1. April 1927 um 10% und am 1. Oktober abermals um 10% erhöht. Die Erhöhung wurde vorgenommen mit der Begründung, daß dadurch Mittel für die Neubautätigkeit gewonnen werden sollen. Raum ist der Behauptung, die Miete zu erhöhen, gefaßt, geht auch schon der Kampf um die Verteilung der 10% los. Die Deutsche Hausbesitzer-Zeitung vom 3. März erklärt, der Hausbesitz habe einen Anspruch darauf, die am 1. April eintretende Mietsteigerung von 10% von der Regierung voll zu verlangen... auf jeden Fall muß es abgelehnt werden, daß die Mietzinssteigerung für eine Erhöhung der Hauszinssteuer etwa in Anspruch genommen wird." Diese Forderung wird damit begründet, daß der Hausbesitz wieder in den Stand gesetzt werden müsse, mit den notwendigen Reparaturen zu beginnen, und daß allmählich die Häuser wieder eine Rente abwerfen müßten. Wir sind anderer Meinung. Die Mieterhöhung muß die Neubautätigkeit erleichtern und begünstigen und darf nicht den Hausbesitzern zugute kommen. Diese kommen, wie an der Hand von Berechnungen nachgewiesen werden können, heute schon mit den Einnahmen ganz gut zurecht. Es sei nur hingewiesen auf einen Artikel im Berliner Lokalanzeiger vom 1. Januar, in dem der Verwalter eines Hauses, der selbst Hausbesitzer war, an der Hand seiner Berechnungen darlegt, daß die Durchschnittshäuser von Berlin sogar einen bedeutend höheren Ertrag abwerfen als im Jahre 1914. Dieser Mehrertrag ergebe sich einmal dadurch, daß heute mit fast keinen Mietausfällen zu rechnen ist, während diese im Jahre 1914 etwa 10% betragen und sich in den Außenbezirken sogar bis auf 25% erhöhten. Diese früheren Ausfälle seien heute als eine Sondereinnahme zu buchen. Wenn früher die Räume leer gestanden haben oder ein Mieter keine Miete bezahlte, so hatte der Vermieter trotzdem seine Hypothekenzinsen voll abzuführen, während heute in solchen Fällen die Hauszinssteuer, die an Stelle der Hypothekenzinsen getreten ist, niedergeschlagen wird, sobald dem Vermieter aus diesem Risiko genommen ist. Die Belastung der Häuser sei heute längst nicht mehr so groß wie früher und die enorme Preissteigerung für Wohn- und Geschäftshäuser beweiße die Rentabilität. Der Verwalter erklärt, daß er bei einer Friedensmiete von rund 66 000 M nach Abzug aller Unkosten einschließlich teurer Entlohnung für Verwaltung und bei Ausführung aller unbedingt notwendigen Reparaturen einen Reingewinn von rund 20 000 M, also rund 30% der Mieteinnahmen mache. Der Einkäufer ist in der Lage, weitere Häuser mit 20-30% Reingewinn von der Mieteinnahme nachzuweisen.

Diese Darstellung beweist, daß die Forderung der Hausbesitzer, ihnen die erhöhte Miete zu überweisen, unberechtigt ist. Es muß mit allem Nachdruck dahin gewirkt werden, daß die Reichsregierung scheinunglos die 10% Mieterhöhung ab 1. April für den Wohnungsbau reserviert.

Änderung in der Invalidenversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat am 26. März einen Beschluß gefaßt, daß am 1. Juli folgende Änderungen eintreten sollen.

Die Lohnklassen und Beiträge sollen wie folgt gestaltet werden:

Klasse I bis zu	Wochenlohn 6 RM.	Beitrag 30 Pfg.
II von mehr als 6 bis zu	12	60
III " " " 12 " "	18	90
IV " " " 18 " "	24	120
V " " " 24 " "	30	150
VI " " " 30 " "	36	180
VII " " " 36		200

Entgegen dem bisherigen Zustand wird nach dem gefaßten Beschluß ab 1. Juli die Witwenrente bei vollendetem 60. Lebensjahr auch dann gewährt, wenn Arbeitsunfähigkeit der Witwe nicht vorliegt.

Die Beitragsteigerung aus den bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen betragen für jede Beitragsmarke, in II 4,

in III 8, in IV 14 und in V 20 Reichspfennig, sind also verdoppelt.

Ferner wurde beschlossen, daß auch diejenigen Witwen, die durch das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung seiner Zeit vom Bezuge der Hinterbliebenenrente ausgeschlossen waren, ab 1. April die Hinterbliebenenbezüge erhalten, soweit Anspruch auf die Invalidenrente bis 1. Januar 1924 bestand. Für die bis dahin bestehenden Ansprüche auf Invalidenrente wird auch der Kinderzuschuß vom 1. April ab gewährt.

Nunmehr hängt es von dem Beschlusse des Reichstages ab, ob und inwieweit die vorgesehenen Verbesserungen Gesetzeskraft erhalten.

Vom Durchschnitt, Wohlergehen und von Löhnen.

Wenn man die Geschäftsberichte der einzelnen Banken durchliest, so müssen diese übereinstimmend feststellen, daß es ihnen recht gut gegangen ist und voraussichtlich noch besser gehen wird. Dann aber kommt der zwar etwas unpassende, aber zeitgemäße Revers, die erfreuliche Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft wird mit einem Schläge zunichte, wenn die bösen Arbeiter und Angestellten ihren gerechten Anspruch an der Aufwärtsentwicklung geltend machen.

Der Bericht der Dresdner Bank stellt einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung fest und erblickt ein allgemeines Wohlergehen im Durchschnitt darin, daß nach den steigenden Sparkassenguthaben und Monatserträgen der Reichseinkommensteuer 1926 zu urteilen, der innere Markt gewachsen ist, dabei aber nichts davon sagt, aus welchen Kreisen die Sparkassenguthaben und die Reichseinkommensteuer stammen. Dann aber vorbeugend fortfährt: Wir können die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die kurze Zeit des Aufschwunges seit der Mitte des Jahres 1926 nicht nur durch eine überreife sozialpolitische Gesetzgebung, sondern auch durch übermäßige Lohnforderungen, die sich überall andeuten, ein baldiges Ende finden kann." Vorsichtig ausgedrückt und dennoch charakteristisch für den Geist, von dem die Träger der Wirtschaft und der Banken beherrscht werden: Uns geht es gut, darum seid auch ihr zufrieden mit der Freude darüber. Gelüftet es euch jedoch, dem Grade des Fortschrittes, der durch euer Hände Arbeit ermöglicht wurde, auch euer Löhne und Gehälter anzupassen, dann bricht alles zusammen. Warum? Darum!

Arbeiterbewegung.

Natürliche Interessengegenätze.

Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Firma Ernst von Borja veröffentlicht Geheimrat Ernst von Borja in seiner Weltzeitung einen Aufsatz. Dort finden wir folgende durchaus zutreffende Sätze:

Mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Situation, in der sich die Unternehmer einerseits und die Arbeitnehmer andererseits befinden, und mit Rücksicht auf die nun einmal gegebenen Grenzen des menschlichen Erkenntnisvermögens ist es ganz natürlich, daß um den richtigen Ausgleich der unmittelbaren Interessengegenätze ständig gekämpft wird. Ich kann dies auch nicht einmal bedauern. Ohne Kampf kein Fortschritt! Und so lange es keinen objektiven und auf alle Einzelfälle anwendbaren Maßstab gibt für das, was sozial wünschenswert und zugleich wirtschaftlich tragbar ist, wird das praktische Durchführbare eben sehr häufig im Reiben der beiderseitigen Kräfte gefunden werden müssen."

Wenn dem so ist — und der Vorurteilsfreie kann es nicht bezweifeln —, warum dann die Unterfütterung der Selben seitens der Unternehmer? Nur eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung kann den notwendigen Gegenpol zu den Unternehmern bilden und damit den Fortschritt sichern.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes über die christlichen Gewerkschaften.

Der sozialistische Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, sagt in seinem Bericht an die Achte Internationale Arbeitskonferenz über die christlichen Gewerkschaften folgendes:

„Der gleiche Glaube an die Zukunft und Wirksamkeit einer internationalen Gesetzgebung (als bei der Amsterdamer Internationale festgestellt wurde) befeuert die christlichen Gewerkschaften. Sowohl der Internationale Bund als die Landeszentralen haben unaufhörlich klar und deutlich ihr wachsendes Interesse für die internationalen sozialen Probleme zum Ausdruck gebracht. Der Wert der Übereinkommen und Vorschläge wird im allgemeinen in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften weniger bestritten als in sozialistischen Kreisen. Raum ein Kongreß der christlichen Arbeiter hat verkannt, seinem Wunsch nach einer prompten und vollständigen Ratifizierung Ausdruck zu geben.“

Gegen Lohnerhöhungen, gegen Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die gesetzliche Sozialpolitik.

Am 25. März hielt der Reichsverband der Deutschen Industrie eine Sitzung seines Präsidiums ab, über die er folgenden Bericht veröffentlicht:

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat sich in seiner Freitagssitzung eingehend mit den im Augenblick zur Erörterung stehenden sozialpolitischen Gesetzentwürfen, namentlich mit dem sogenannten Arbeitszeitnotgesetz und mit der Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung sowie mit der in der letzten Zeit zutage getretenen, auf Lohnerhöhung hinstrebenden Praxis der Vorstehenden des Schlichtungsausschusses beschäftigt. Das Präsidium war einhellig der Meinung, daß die zu erwartende Entwicklung der wirtschaftspolitischen Lage nur mit größter Sorge betrachtet werden kann. Die Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung mit einer gesetzlich festgelegten Lohnerhöhung ohne die Sicherheit einer entsprechenden Steigerung der Leistungen bedeutet eine Einschränkung der Produktivität der deutschen Wirtschaft, die sich naturgemäß in einer Preissteigerung der Produkte und letzten Endes in einer Konsumeinschränkung auswirken muß. Dadurch wird der Prozeß der Konsolidierung der deutschen Wirtschaft nicht nur gehemmt, sondern es wird darüber hinaus in zahlreichen Wirtschaftszweigen eine weitere Verschlechterung der Lage eintreten. Die in dem Antrag der Regierungsparteien zu dem Arbeitszeitnotgesetz festgelegten Bestimmungen bedeuten eine Verschärfung der Schematisierung der Entlohnung, die untragbar ist. Es wird damit bedauerlicherweise das Gegenteil von dem, was das Interesse der breiten Massen der Bevölkerung erfordert, erreicht, zu einer Besserung ihrer Lebenshaltung kann es auf diese Weise nicht kommen. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hält es für seine Pflicht, in aller Öffentlichkeit auf die seiner Meinung nach unvermeidliche Entwicklung hinzuweisen.

Auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände lehnte in einer längeren Erklärung den Gesetzentwurf zur Aenderung der Arbeitszeitverordnung ab. Sie betont u. a., daß der Gesetzentwurf nicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beitragen und darüber hinaus eine dauernde Beunruhigung des sozialen Friedens bringen werde. Der Reichstag sei im Begriff, ein Gesetz zu schaffen, das in seiner äußeren Gesehtsform alle Grundzüge vermissen lasse, die zu einer reibungslosen Durchführung eines sozialen Friedens unerlässlich seien.

Die Unternehmer bleiben, wie aus vorstehenden Berantwortungen ersichtlich, ihrer sparsameren Einstellung treu. Von einer besseren Einsicht ist in absehbarer Zeit eine Hebung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer nicht zu erwarten. Nur wenn es gelingt, die gewerkschaftlichen Organisationen wieder in vollem Umfange aktionsfähig zu machen, wird das Unternehmertum, nicht dem eigenen Triebe, wohl aber dem Druck nachgebend, gezwungen sein, sich zu den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer anders einzustellen.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte.

Rürnberg. Am 6. März hat die Ortsgruppe Nürnberg in die Restauration „Schloß Egg“ ihre Mitglieder zu einem Familienabend eingeladen, um drei Verbandskollegen mit 25jähriger Mitgliedschaft bei den christlichen Gewerkschaften zu ehren. Ein volles Haus konnte der Vorsitzende Kollege Grubmüller willkommen heißen. Waren es doch drei bekannte Kollegen, denen die Ehrung zuteil wurde. Bezirksleiter Wittelind, der bereits auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken kann, sowie die Kollegen Jeller und Wiedel, die 25 Jahre der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehören. Kollege Vorshert hob in der Festrede die Verdienste, die sich die Kollegen an der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch ihr rege Mitwirken erworben haben, hervor und zeigte in verständlicher Weise die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, an denen sich die Jubilare als echte Pioniere betätigt haben. Redner brachte die Glückwünsche des Zentralvorstandes und der Ortsgruppe Nürnberg zum Ausdruck mit dem Wunsche, daß den Kollegen noch recht lange das Glück beschiden sein möge, ihre Kraft in den Dienst des Verbandes stellen zu können. Die Verbandsmitglieder forderte Redner auf, dem Beispiet der Jubilare nachzueifern. Nachdem den Jubilaren die Geschenke des Zentralvorstandes und der Ortsgruppe überreicht waren, stimmten die Versammelten freudig ein in das auf die Jubilare und den Verband ausgedachte Hoch.

Den Dank der Jubilare brachte Bezirksleiter Wittelind zum Ausdruck, mit dem Versprechen, daß sie auch in Zukunft wie in der Vergangenheit treu zur christlichen Gewerkschaft stehen werden.

Den musikalischen und gesanglichen Teil des Abends hatte in entgegenkommender Weise der vereidlichte Gesangsverein „Liederschlag“ übernommen. Fröhliche Weisen und gute Gesangsbeiträge gaben dem Abend das Gepräge. Hoch beschrieibt mit dem Vorsatz unentwegt für den Verband zu wirken, traten die Mitglieder in vorgerückter Stunde den Brimtee an. Die Ortsgruppe Nürnberg konnte sich des schönen Verlaufes der Veranstaltung freuen.

Den Mitgliedern rufen wir zu, haltet treu zum Verband und werdet alle Jubilare.

Bezirk Schiefen. Am 13. März 1927 fand zu Breslau die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Neben den vielen Delegierten aus der Provinz waren auch die Breslauer Vertrauensleute recht zahlreich versammelt. Nach Erhaltung des Geschäftsberichts durch den Koll. Kapieler,

erhielt Kollege Debenbach, Koll. von der Versammlung lebhaft begrüßt, das Wort zu seinem Vortrage: „Die augenblickliche wirtschaftliche Lage und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.“

Seine Ausführungen, die eine gute Stunde in Anspruch nahmen, wurden von der Versammlung mit lebhaftem Interesse aufgenommen. An seine Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion. Aus allem sprach der ernste Wille zur gewerkschaftlichen Betätigung und Mitarbeit im öffentlichen Leben. Das Bezeichnende der diesjährigen Konferenz ist die rege Beteiligung der einzelnen Ortsgruppen. Während noch die letzte Konferenz unter den Auswirkungen der Inflationszeit zu leiden hatte, waren jetzt mehrere Gruppen in der Lage die Unkosten für die Entsendung von Vertretern selbst zu übernehmen. An die Bezirkskonferenz schloß sich die Sterbefallengeneralversammlung an. Der Geschäftsbericht wurde vom Koll. Schmidt gegeben und den Kollegen in verständlicher Weise das Geschäftsgebahren der Sterbefalle vor Augen geführt.

Ausgaben für Verwaltung usw.		396,90 M.
Die Einnahmen der Sterbefalle betragen	13 657,90 M.	
Die Ausgaben betragen	9 096,90 M.	
Für Sterbefälle wurden gezahlt:		
17 a 400.—M.	6 800.—M.	
1 „ 300.—M.	300.—M.	
4 „ 150.—M.	600.—M.	
10 „ 100.—M.	1 000.—M.	
Das Guthaben bei der Bank beträgt		4 561.—M.
Gesamtsumme	13 657,90 M.	

Eine lebhafte Aussprache löste die Beratung der Sterbefallensatzungen aus. Die Satzungen wurden im großen Ganzen neu beschlossen und von der Generalversammlung zum 1. April 1927 genehmigt. Die Satzungen werden den Kollegen nach Drucklegung wieder kostenlos zur Verfügung gestellt.

Hils Eine schöne und doch eindrucksvolle Feier war es, die unsere Ortsgruppe aus Anlaß der 25jährigen Zugehörigkeit unseres Mitgliedes, Kollegen Hermann Engelstücken zu den christl. Gewerkschaften, arrangiert hatte.

Allseitige Beteiligung der Mitglieder mit ihren Angehörigen, (aus Bieren waren außerdem 14 Personen erschienen), gaben der Feier neben dem gewerkschaftlichen auch ein wirklich gesellschaftliches Gepräge. Nachdem der Vorsitzende die Begrüßungsansprache gehalten und von einer Bierseier Kollegin ein sinnvoller Prolog gesprochen war, feierte Kollege Schölgens den Jubilar in einer schwungvollen Festrede. Echter Gewerkschaftsgeist, Pflichttreue, eifrige Mitarbeit sowie sonstige vorbildliche Eigenschaften des Jubilars an Hand von Tatsachen erwähnend, wies der Redner auf die wirtschaftlichen Gefahren und die dadurch entstehenden gewerkschaftlichen Pflichten der Jetztzeit hin und fand warme Worte der Anerkennung und des Dankes für den Jubilar und seine bisherige Gewerkschaftsarbeit. Der Anerkennung wurde nach außen hin dadurch besonderer Ausdruck verliehen, indem seitens des Verbandes dem Jubilar eine silberne Vorstandsnadel und eine besonders verfertigte Jubiläumsschrift mit Urkunde und seitens der Ortsgruppe ein prachtvoller Blumenkorb überreicht wurde. Nachdem der Jubilar für die ihm gewundene Ehrung in längeren Ausführungen gedankt hatte, wurde der offizielle Teil der Feier geschlossen, wonach die Teilnehmer noch einige Stunden in gemüthlicher Stimmung beisammen blieben.

Betriebsratswahl in den hiesigen Betrieben in Münster i. W. Zu der am 20. und 21. März 1927 in Münster stattgefundenen Betriebsratswahl waren in diesem Jahre Vorschläge seitens der christlichen und freien Gewerkschaften, sowie des gelben Straßenbahnervereins eingegangen. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes:

Zu dem Betriebsrat stellte die Arbeitergruppe 8 und die Angestelltengruppe 2 Vertreter. Von diesen 8 Vertretern entfallen wieder auf unsere Organisation 6 Vertreter, 1 Vertreter erhielten die freien Gewerkschaften und 1 Vertreter der gelbe Straßenbahnerverein. Die Wahlbeteiligung betrug über 84 Proz. gegen 78 Proz. im Vorjahre. Bemerkenswert bei dieser Wahl ist, daß der freie Verband in seinem zur Wahl herausgegebenen Flugblatt versuchte, mit seinen größeren Mitgliederzahlen unseren Verband zu operieren. Er schrieb, daß seine Bewegung in Münster immer mehr Boden gewinnt; wir hingegen können feststellen, daß der freie Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in Münster im Jahre 1925 3 Betriebsratsmitglieder, im Jahre 1926 2 und jetzt für 1927 nur noch 1 Mitglied in den Betriebsrat zu stellen hat. Die Bodenvergewinnung der freien Gewerkschaften zeigt sich also hier in einem eigentümlichen Bichte.

Gedenktafel



Gestorben sind die Kollegen:

Matth. Jülich	Röln	22. 2. 27
Franz Kammerl	Trier	8. 3. 27
Franz Bahn	Barmen	9. 3. 27
Raimund Färderer	Willingen	10. 3. 27
Friedr. Gehrmann	Bransberg	11. 3. 27
Karl Rasche	Kolkmarfen	13. 3. 27
Friedrich Botthoff	Hamm	16. 3. 27
Michael Start	Würzburg	17. 3. 27

Ehre ihrem Andenken!